

Bezugsgebühr:

Günstigster Preis Dresden bei Maffia  
gewöhnlicher Auftragung durch unsere  
Redaktion und ausgedruckt, an  
Ges., und Postagen nur einmal  
a 10. so 10. Durch ausdrückliche Kom-  
mifforderung a 10. bei a 10. so 10.  
Bei einmaliger Bezahlung durch die  
Post a 10. ohne Schreibgeld, im Rück-  
land mit entsprechendem Bildpost.  
Rabatt auf alle Artikel u. Original-  
Mitteilungen nur mit deutlicher  
Quellenangabe (Dresden, Ritter.)  
ausgenommen. Nachträgliche Honorar-  
anträge werden unerwünscht;  
unverlangte Manuskripte werden  
nicht bewahrt.

Teleg. Adressen:  
Nachrichten Dresden.

Gegründet 1856.

# Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.  
Chocoladen, Cacaos, Desserts.

Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Carl.

Entnahme von Anzeigen  
bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und  
Feiertags nur Warteservice ab  
11 bis 14 Uhr. Die tatsächlichen Grün-  
dungszeiten von 8 Uhr sind zu 10 Uhr. An-  
kündigungen auf der Unterrichtsseite  
ab 25 Uhr, die zweitliche Seite auf Zeit  
werte ab 10 Uhr, als Eingangsseite  
ab 10 Uhr. In Nummern nach Sonn-  
und Feiertagen 10 Pfennige Gründungs-  
zeit ab 10 Uhr. Auskünfte für  
Anträge nach neuen Tarifverhandlungen.  
Belegblätter werden mit 10 Pf.  
berechnet.

Bernhardi-Amt:  
Amt 1 Nr. 11 und Nr. 2000.

## Glaswaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glasbuden des In- und  
Auslands empfohlen in reichhaltiger Auswahl

Wihl, Rihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,  
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 603.

Patent Strohmundstück Cigaretten



Egyptian Cigarette Company  
J. & L. Pradecky  
Berlin W. Passage (Kaisergalerie) 43/44.

Römis. Pruss. Staats-Medaille in Silber für gewerbliche Leistungen.

## H. Grossmann Nähmaschinen.

Verkauf in Dresden: Chemnitzerstraße 26, Waisenhausstraße 5,  
Königstraße 43 (Eing. Stilegasse), in Löbtau: Schulstraße 13  
und bei Herrn Max Baumann, Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

Vollständige Reise-Ausrüstungen liefert Robert Kunze, Altmarkt Rathaus.

Nr. 242. Spiegel: Fall Vernerstorffer, Hofnachrichten, Straßenbauten, Firma Adolf Renner, Wutwahl, Witterung: Warm, meist heiter. Mittwoch, 31. August 1904.

Für den Monat

September

abonniert man auf die

in Dresden und dessen Vororten  
täglich 2 Mal

erscheinenden

## Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstr. 38 und den all-  
wärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von

90 Pfennigen.

Bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichs-  
gebiete werden Bestellungen zu 1 Mark, in Österreich-  
Ungarn zu 1 Krone 48 Heller angenommen.

### Der Fall Vernerstorffer.

Die deutsche Sozialdemokratie, die in Dresden und Amtshaus mit so bemerkenswertem Erfolg für ihre eigene moralische Abschlachtung tätig gewesen ist, sieht leider aus den Achteln ihrer Gegner von Zeit zu Zeit immer wieder neue Nahrung für ihre agitatorische Wirkung auf die Massen, indem sie jede Schwäche der Behörden ihr gegenüber als einen angeblichen Beweis dafür aushebt, daß sie eine Macht im Staate darstelle, mit der alles rechnen müsse und an die man sich nicht richtig heranwage. In diesem Sinne wird sicherlich auch der „Triumph“ verwordert werden, den die deutsche Partei des Umsturzes in dem Fälle Vernerstorffer erzielt hat. Zum Verständnis der Angelegenheit muß man erst einen kurzen Blick auf ihre Vorgeschichte werfen. Der genannte österreichische sozialdemokratische Reichsbeamte bereute bereits seit einiger Zeit das deutsche Reichsgebiet, um gegen die Regierung seines uns bestreunten und verbündeten Vaterlandes zu agitieren, also gewissermaßen die deutschen „Genossen“ gegen die habsburgische Monarchie mobil zu machen. Hierzu wollte er in dieser Absicht in Frankfurt a. M. rednerisch austreten, mußte jedoch davon Abstand nehmen, weil ihm die preußische Behörde nicht das Wort gestattete. Das fiel dem sozialdemokratischen Größenwahn dermaßen auf die Nerven, daß der freude Herr Vernerstorffer, offenbar angestachelt von seinen hiesigen Freunden, sich zu der unqualifizierbaren Dreistigkeit versteig, an den Reichskanzler Grafen Bülow ein offenes Schreiben zu richten, worin er in dem Jargon, wie er in der Partei des Umsturzes zur Abstanzung mißliebiger revisionistischer „Genossen“ üblich ist, den höchsten verantwortlichen Beamten des Reichs mit ungehörigen Redensarten überhäutete und im richtigen Grammatikosten die deutschen Kulturreisen für bedroht erklärte, weil ihm, dem großen Vernerstorffer, im Königreich Preußen ein Schloß vor den Mund gehängt worden sei. Graf Bülow blieb die Antwort auf diesen Exzess nicht schuldig, sondern ließ dem aufdringlichen „Genossen“ prompt die Ausweisungsorder aufstellen. Das hätte genügt und allen Weiterungen vorbeugen, wenn die Ausweisung aus dem gesamten Reichsgebiete erfolgt wäre. Man befürchtete aber in sehr unangebrachter Großmut die Geltung der Ausweisungsorder auf die preußische Monarchie und diese Nachsicht machte der Sozialdemokrat so gewaltig den Namen schwollen, daß sie sich prozig in die Brust warf und voll Selbstgefühl erklärte, man werde es den Preußen schon zu zeigen wissen; es gebe zum Glück noch in unmittelbarer Nachbarschaft ein „freies Hessen“, wo der ausländische Genosse ungefähr die Schleusen seiner Vereinsamkeit nicht bloß gegen Österreich, sondern auch gegen das „reactionäre Preußen“ öffnen könne.

Soweit das Großherzogtum-Hessen in Frage kam, hatten die „Genossen“ sich indessen doch verrechnet. Die hessische Regierung stellte sich nämlich korrekter Weise auf den Standpunkt, daß bundesstaatliche Gesinnung und Rücksichtnahme ihr verbürgt, daß unter solchen Umländern ganz offenbar gegen Preußen und den Reichskanzler demonstrative Auftreten des österreichischen Sozialdemokraten zu gestatten. Tropfend gaben die „Genossen“ ihre Sache noch nicht endgültig verloren, sondern wandten sich nunmehr in das Großherzogtum Baden nach Mannheim und dort erlaubte die Behörde überauschenkweise die Abhaltung einer Versammlung, in der Vernerstorffer seine Rede los werden konnte. Damit aber nicht genug, gesellten sich nach ihm noch andere „Genossen“ in wütigen Ausschlägen gegen die preußisch-deutsche Polizei-

willkür“, die in Frankfurt a. M. und Offenbach „brutale Ver-  
gewaltigungstaten“ vollführte habe, und schließlich wurde auch  
eine in der gleichen Tonart gehaltene Resolution verlesen. Da  
endlich ging dem überwachenden Beamten ein Licht darüber auf,  
daß solche Dinge in einem deutschen Bundesstaate denn doch nicht  
von Obhutswege geduldet werden dürfen, und so verließ die  
Versammlung noch zugutelebt dem reichlich verdienten Schieds-  
gericht.

Es wäre ohne Frage richtig gewesen und der nationalen  
öffentlichen Meinung im Reiche ein befriedigend und peinlich wirk-  
ender Eindruck erwartet geblieben, wenn die zuständigen badischen  
Stellen von Anfang an dem Beispiel der preußischen und hessischen  
Regierung gefolgt wären und nicht erst gewartet hätten, bis die  
sozialdemokratischen Radikale durch ihre heyerischen Verbalen  
das behördliche Einbrechen selbst erzwangen. Wenn ein Aus-  
länder, um mit den Worten des Grafen Bülow zu reden, die er  
im Reichstag bei der Spieldebatte gegen die russischen Revolu-  
tionäre Mandatshamme und Silberkarb gebraucht, sich so manig  
im Deutschen Reiche gemacht hat, wie der österreichische „Genosse“  
Vernerstorffer, dann ist ich schwierig nicht einzusehen, welche zwing-  
enden Gründe für irgend eine deutsche Bundesregierung vorhanden  
sein könnten, ihn anders denn als lästigen Ausländer zu be-  
achten und darnach zu behandeln. Von sozialdemokratischer  
Seite fügt man natürlich gesellschaftlich den Eindruck zu erwecken, als  
ob die hessische Regierung bei ihrem Vorgehen lediglich der Not,  
nicht dem eigenen Triebe gehorcht habe und einem „Druck von  
Berlin aus“ gewichen sei; im Gegensaft dazu soll dann Baden die  
einzelstaatliche Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber Preußen  
gewahrt haben. Tatsächlich entsteht die badische Regierung für  
die Gestaltung der Versammlung von den „Genossen“ auch so  
nicht. Der „Vorwurf“ verhöhnt vielmehr die badischen Behörden  
wegen der „braven Versuchung“ im Sinne der „deutschen Polizei-  
einheit“, die sich in der schleichlichen Anslösung der Versammlung  
fundgegeben habe, und meint gütig, dadurch werde Baden hoffentlich  
vor der Gefahr einer „Berliner Reichsexekution“ bewahrt, die, bei  
dem ohnehin geäußerten Verhältnis zwischen Berlin und Karlsruhe  
sonst am Ende in Erwögung geogen worden wäre“.

Das von einer Berliner Beeinflussung der hessischen Regierung  
absolut keine Rede sein kann, erhebt mit aller wünschenswerten  
Deutlichkeit und der für sich selbst sprechenden Begründung der  
großherzoglichen Ministerialentschließung, in der es ausdrücklich  
heißt: „Das Aufkreis Vernerstorffers in einer Versammlung  
in Offenbach oder an einem anderen Orte des Großherzogtums,  
würde nach Lage der Verhältnisse als eine Demonstration gegen  
die Maßnahmen der Regierung eines benachbarten Bundesstaates  
detractet werden müssen, die von einem Ausländer nicht geduldet  
werden kann.“ Dieser durch seine zwingende Sachlichkeit völlig  
überzeugende Standpunkt hätte eigentlich auch für ein  
entsprechendes Verbot in Baden von vornherein den  
Ausschlag geben müssen. Daß es sich in keiner Weise  
um eine Frage des freien Selbstbestätigungsrechtes des bundes-  
staatlichen Regierungsgewalt auf einem Gebiete handelt, wo  
föderative Grundrechte in Betracht kommen, braucht nicht erst  
bewiesen zu werden, weil es auf der Hand liegt. Einzig und  
allein die Solidarität aller verbündeter deutscher Regierungen  
gegenüber der Sozialdemokratie ist der springende Punkt, unter  
dem die Angelegenheit betrachtet werden muß, abgesehen von der  
besonderen bundestaatlichen Rücksicht, die sich aus der Tatsache  
ergibt, daß der höchste verantwortliche Beamte des Reichs von  
dem landfremden „Genossen“ in widerwärtiger Weise angezapft  
und beleidigt worden ist. Die höheren allgemeinen Inter-  
essen, die auf dem Spiele standen, hätten es der badischen  
Regierung unbedingt verbieten müssen, um der schönen Augen  
ihrer landläufigen Demokratie willen eine solche nachgiebige  
Schwäche gegenüber der Partei des Umsturzes zur Schau zu  
tragen. Dazu kommt noch die weitere stark ins Gewicht fallende  
Erwögung, daß gerade Graf Bülow sich steil als ein sorgfältiger  
Hüter der Bismarckischen Traditionen auf dem Gebiete des  
Föderalismus erwiesen und die verfassungsmäßigen Rechte der  
Einzelstaaten in der denksaften gewissenhaftesten Weise beobachtet  
hat. Um so deinvoller sollten dann auch die Einzelstaaten ihrer-  
seits darauf bedacht sein, alle Handlungen zu vermeiden, die bei  
der Leitung des Reiches und Preußens berechtigte Verstimmung  
erzeugen könnten, weil sie, an den Maßstäben der föderativen  
Gegenseitigkeit gemessen, die Interessen des Reiches als nicht  
genügend berücksichtigt erscheinen lassen.

### Neueste Drahtmeldungen vom 30. August.

#### Der russisch-japanische Krieg.

Petersburg. Wie Generalleutnant Sacharow dem  
Generalstab unter dem geirigen Datum meldet, eröffnete der  
Gegner am Nachmittage des 29. d. s. von den Höhen jüdlich  
von Wanhsai, 12 Meilen südöstlich von Kiautschou, eine bestige  
Kanone auf die russische Stellung. Das Feuer dauerte bis  
7 Uhr abends. Auf dem rechten Flügel der Südbefestigung der  
russischen Armee war eine russische Pavillonsabteilung tätig,  
die am 29. August den Vormarsch einer feindlichen Kolonne  
aufhielt, die den russischen rechten Flügel umgeben wollte. Die  
Pavillonsabteilung mußte in sehr schwierigem Gelände kämpfen.  
Am 29. d. s. wurden ausgedehnte Biwaks der Japaner im Tale

des Tschao bei Sidantia, westlich von der Eisenbahn, bemerkt.  
Zerner wurde festgestellt, daß feindliche Kolonnen aus dem Tale  
des Tschao nordwärts nach Wanhsai hin, westlich von der  
Eisenbahnlinie, vorrückten. Zu den letzten Tagen zerstreute eine  
halbe Sotnie des Regiments Dagdchan auf dem Wege zwischen  
Benzien und den Bergen von Jantai eine 150 Mann starke  
Bande gut bewaffneter Chundus. Der Bandenführer und  
47 Mann fielen; vier Männer wurden gefangen genommen. Die  
Arme in diesem unruhigen Gebiet ist damit wieder bereit.

Petersburg. Ein Telegramm des Generalleutnants  
Sacharow an den Generalstab von heute meldet: In der Nacht  
auf den 30. August stellten die Japaner gegen alle unteren  
Stellungen eine zahlreiche Artillerie auf und begannen die nördlichen  
Stellungen bei Kiautschou anzugreifen. Seit 5 Uhr früh ist ein  
dauerhaft heißer Artilleriekampf im Gange. Bis 9 Uhr  
morgens war festgestellt, daß die Hauptangriffslinie der  
Japaner auf das Zentrum unserer Stellungen gerichtet ist. Die  
Beschüsse durch das Schrapnellfeuer sind bei einigen Truppen-  
teilen recht bedeutend. Gegenwärtig, um 9 Uhr morgens, be-  
finden sich die Japaner in unmittelbarer Nähe unserer Front.

Tsatio. Die japanischen Verbände bei Anting be-  
fragen ungefähr 200 Mann an Toten und Verwundeten. Die  
Verbände der Russen und gleichfalls sehr groß. Die Japaner haben  
bei Anting und bei Aschantchang je acht Kanonen erbeutet.

Berlin. (Priv.-Tel.) Neben dem Beginn der Enthüllungs-  
schlacht bei Kiautschou beginnt dem „Vol. Ans.“ ge-  
schrieben: Die Japaner begannen den Angriff östlich von Kiau-  
tschou, längs des Tschao, wurden aber dort zurückgeschlagen.  
Zugt. f. West und Südwestlich von Kiautschou dagegen  
erfolglos. Einige Säue sind nicht mehr zu unterscheiden. Das  
Wabotische Regiment, dessen Chef Major Wilhelm III.,  
wird jedoch im Anmarsch auf das Schlachtfeld gemeldet. Die Stim-  
mung der russischen Armee ist voll erster Zuversicht. Die Ge-  
samtheit der Streitenden von beiden Parteien wird auf mehr  
als eine halbe Million geschätzt. Die Schlacht wird vielleicht  
mehrere Tage dauern.

London. (Priv.-Tel.) Der deutsche Dampfer „Arabia“  
ist aus Wladivostok in Shanghai eingetroffen. Sein Kapitän  
berichtet, einer Devische von dort zufolge, die Hälfte der Ladung  
des Schiffes, Eisenbahnmaterial und Mehl, sei von dem Privat-  
gefecht in Wladivostok für Konterbande erklaut und be-  
klagt, die andere Hälfte dagegen freigegeben worden. Die  
aus Mehl und Brotkohlen bestehende Ladung des britischen  
Dampfers „Galatas“ sei von den Russen ohne vorgängige  
Entscheidung des Gerichts konfisziert und das Schiff selbst  
in Wladivostok zurückbehalten worden. Die für Japan be-  
stimmte Post des Dampfers durfte die „Arabia“ nach Shanghai  
bringen. Dieser hatte auch den Kapitän und die Mannschaft  
des in den Grund gebohrten deutschen Dampfers „Thea“ an  
Bord.

Berlin. Die Königberger Hart. Bla. versichert, daß eine  
russische Auleihe von 500 Mill. Mk. in Verbindung mit  
dem Handelsvertrag abgeschlossen worden sei. Russland habe als  
Beitrag für sein Engagement an die Wünsche der deutschen  
Agenten beim Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrags  
eine Erlaubnis zur Begebung einer Auleihe auf dem deutschen  
Markt geworden und erhalten.

Petersburg. Auf eine Anfrage, die die Russ. Tele-  
Agentur infolge der im Ausland verbreiteten Gerüchte nach  
Reval gerichtet hat, ist die Antwort angegangen, daß das  
Panzerdampfschiff „Krest Suvarow“ die Schießübungen völlig be-  
friedigend beendet hat und gestern abend mit dem Geschwader  
nach Riga abgegangen ist. Die Gerüchte über eine Explosion  
auf dem Panzerdampfer seien vollständig erfunden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Großherzog und die  
Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin treten  
am Donnerstag nachmittag zum Besuch des Kaisers und der  
Kaiserin in Berlin ein und nehmen im Schloss Wohnung. Die  
Mühle des Grafen Bülow von Neideck nach Berlin ist teils  
ausdrücklich dieses Besuchs, teils zum Zwecke des regelmäßigen  
Besuches vom Kaiser, von dessen Briefen zu den Nachbarn erfolgt.  
— Die Reise des Prinzen Friedrich Leopold nach dem  
osmanischen Kriegsschauplatz in das russische Hauptquartier wird  
nach der Potsdamer Korr. nicht stattfinden. Sie war bereits  
bis zum 3. September verschoben worden, da der Kurs mit  
seiner Ausfahrt noch nicht fertig war. Seit einigen Tagen  
fühlte sich Prinz Friedrich Leopold unwohl und seit Montag bei  
er sich genötigt gesehen, das Bett zu hüten. Durch medizinische  
Bestimmungen in der letzten Zeit, namentlich aber durch das Fahr-  
trüblung in Berlin, in irgendeinem Maße überzeugt, so daß kaum  
daran zu denken ist, daß er den Straßen einer Reise nach  
Ostasien und den Weltkriegsstädten auf dem Kriegsschauplatz ohne  
einfache Gefährdung seinen Gehindern Widerstand leisten könnte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach dem Finalabdruck der Reichs-  
haupthaftes ergibt sich im Deutschen Reichshaushalt für  
das Rechnungsjahr 1903 ein Defizitbetrag von etwa 6½ Mill.  
Mark, obgleich an ordentlichen Einnahmen, sowohl für den Reichs-  
finanzfonds, etwa 3½ Millionen Mark mehr als veranschlagt  
eingetragen sind. Diese Jahres-Einnahmen stehen aber, einc-  
sätzlich der vorläufig aus ordentlichen Mitteln des Reichs ge-  
deckten Überdeckungen beim Reichswaldfond von 4 Mill.  
an Mehraufgaben 9½ Mill. Mark gegenüber. Beim „Reichs-  
Haushalt“ steht sich das Ergebnis gegen den Etatanschlag um 2½  
Millionen Mark günstiger, bei der Marine um 1½ Mill. Mark ungünstiger. Beim Reichswaldfond entstand eine außer-  
ordentliche Aufwendung von 2½ Mill., die den Inhabern der  
früheren Säurefabriken auf Grund des § 11 des Säurefonds  
geleget vom 7. Juni 1902 als Entschädigung zu zahlen waren. Beim  
Reichswaldfond sind infolge der vernünftigen Jurisdic-  
tion für die Kriegswaldfonds über 4 Millionen Mehlosten entstanden.  
Bei den den Einzelstaaten zufallenden Etatdiensten an Jollen und  
Stenen ergibt sich ein Mehr von 3½ Millionen, die aber  
nach § 1 des Gesetzes vom 28. März 1903 zur weiteren Abgung  
der durch den Reichswaldfond-Etat für 1903 bewilligten Ju-  
risdiction zurückgehalten sind. Von den dem Reiche zu-  
stehenden Steuern ist die Zudersteuer um 11,7, die March-  
bottsteuer um 9,1 Millionen Mark gegen den Etatanschlag  
zurückgeblieben.

Kiel. (Priv.-Tel.) Wegen Arbeitsmangel wird die  
Kaiserliche Werft, den Kieler „Kreuzer. Ritter.“ aufzuge, in

Friedrich & Glöckner, streichl. Lacke, Firnis, Schnellfar-  
ben, Fäden, Tinten, Titannitrasse 13 b.